



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/99

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039 890

29. April 1953

Der Klassenkampf als sozialgeschichtliche Tatsache	S.1
Zögernder Wahlauftakt in Italien	S.3
Neue Gebietegliederung in NRW	S.5
Zur Münchner Jugendtagung der SPD	S.7

Ist der Klassenkampf überwunden ?

x^x Die Menschen befinden sich durch das Maß ihrer Versorgung mit Gütern und Diensten, durch die Art ihrer Teilnahme am Produktionsprozeß, durch ihre Stellung im sozialen Leben in einer bestimmten Lebenslage. Die soziale Gruppe, deren Angehörige sich dauernd in ähnlicher Lebenslage befinden, pflegt man "Klasse" zu nennen.

Die Unterschiede der Lebenslagen können sich vom bittersten Elend bis zu großem "Reichtum" erstrecken. Die Sozialgeschichte der Menschheit ist in erheblichem Umfang durch Kämpfe der Klassen um eine Verbesserung ihrer Klassenlage bestimmt. Der Erfolg dieser Klassenkämpfe hängt nicht nur von subjektiven Bedingungen wie Beherrschung der Kunst der Machtgewinnung und Kampfbentschlossenheit ab, sondern sehr wesentlich auch davon, wie weit die jeweiligen objektiven Tendenzen der sozialgeschichtlichen Entwicklung einer bestimmten Klasse Chancen geben. Der gewerbliche Mittelstand z.B. muß heute Rückzugsgefechte führen. Sie sind jedoch keineswegs ohne objektive Erfolgsaussichten, da die wirtschaftstechnische Entwicklung und außerwirtschaftliche Vorgänge dem Klein- und Mittelbetrieb neue Chancen geben und genossenschaftlicher Zusammenschluß den Handwerkern, Kleinhändlern u.a. die Möglichkeit bietet, sich gewisse Vorteile des Großbetriebes ohne Preisgabe der Selbstständigkeit zu verschaffen. Die Industrie-

arbeiter haben besonders in den hochindustrialisierten Ländern der westlichen Welt ihre Klassenlage verbessern können und sind, objektiv durch den Verlauf der Sozialgeschichte begünstigt und subjektiv von einem entschlossenen Kampfgeist getragen, aus einer Masse stumpfer, verelendeter Proletarier zu einer selbstbewußten, in ihren führenden Typen von einem klaren Kulturwillen getragenen sozialen Gruppe geworden.

Die Methoden der Klassenkämpfe reichen von unorganisierter Auflehnung einzelner Empörer über mehr oder weniger blutige Revolutionen, über wissenschaftliche Auseinandersetzungen und sozialpädagogische Einwirkung auf die menschlichen Haltungen auf der Seite der Benachteiligten, von Versklavung über mehr oder weniger harte Bedrückung durch den Staatsapparat und außerstaatliche Mächte sowie Bevormundung bis zu Kompromißvorschlägen auf der Seite der jeweilig Begünstigten.

Der Klassenkampf ist eine sozialgeschichtliche Tatsache. Immer wieder sind Menschengruppen durch andere Menschengruppen ihrer besseren Lebenslage beraubt und in Not gestürzt worden. Im großen gesehen, ist die Lebenslage der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen weit mehr durch Gewalt und Unterjochung als dadurch bestimmt worden, daß Fleiß und Können der Betroffenen versagten.

Die Arbeiterschaft der westlichen Welt sieht sich heute einflußreichen Bestrebungen gegenüber, durch die die sozialen Gegensätze verhüllt werden sollen. Der Betrieb wird so dargestellt, als sei er seinem Begriff zufolge eine Gemeinschaft. Er kann eine Gemeinschaft sein; aber nur, wenn nicht ein wesentlicher Teil der Betriebsangehörigen infolge von Startnachteilen, die sich aus der herrschenden Sozialversicherung ergeben, im Betrieb von vornherein eine schwächere Position hat als andere Betriebsangehörige.

Soweit Klassenkämpfe der durch Gewalt oder Bevormundung benachteiligten Schichten dem Kampf um ihr Recht gelten, sind sie moralisch gerechtfertigt. Soweit der Kampf einer benachteiligten Gruppe über dieses Ziel hinaus eine neue Willkürherrschaft erstrebt, ist er verwerflich. Die bolschewistische Politik befreit nicht das Proletariat: Sie schafft vielmehr neue begünstigte Schichten im Besitz kaum überwindlicher Herrschaftspositionen. Der Umstand freilich, daß eine benachteiligte soziale Gruppe entschlossen ihre Machtmittel einsetzt, bedeutet für sich allein keine Preisgabe sittlicher Prinzipien. Darüber dürfen die Versuche, den Klassenkampf von oben zu verhüllen und den Klassenkampf von unten als gesellschaftsfeindlich hinzustellen, nicht hinwegtäuschen.

Der gerechte Klassenkampf schließt Verständigungsbereitschaft von Fall zu Fall und faire menschliche Haltung in der Auseinandersetzung der Gruppen nicht aus.

Moskaus Weisungen blieben bisher aus

v. sch.-Rom

Es wäre verfehlt, aus der bisherigen Ruhe, ja Trägheit im Wahlkampf, der theoretisch seit Anfang April eröffnet ist, vorzeitige Schlüsse zu ziehen. Vielleicht liegt die Erklärung für die Zurückhaltung bei allen Parteien darin, daß sie diesmal auf die Spesen schauen und besorgt sind, daß bei vorzeitigem Einsetzen der Sintflut von Plakaten und Versammlungen ihnen doch der Atem in den wichtigsten letzten zehn Tagen ausgehen könnte. Interessant ist es, daß diesmal in vielen Provinzen spontane Vereinbarungen zwischen allen Parteien getroffen worden sind, um etwas mehr Disziplin und Selbsteinschränkungen besonders auf dem Gebiet der Plakatschlacht in den Kampf hineinzubringen als in den früheren Jahren: Das Zerreißen und Überkleben der gegnerischen Plakate soll diesmal unterbleiben. In manchen Fällen ist die Initiative zu solchen Vereinbarungen sogar von den Kommunisten ausgegangen.

Aber abgesehen von Sparsatzungsgründen liegt offenbar ein viel wichtigerer, politischer Grund hinter diesem bisher geradezu zögernden Verlauf des Wahlfeldzuges. Die Kommunisten, durch die bedeutungsvollen Veränderungen in der Sowjet-Politik seit Stalins Tod überrascht und desorientiert, warten offenbar auf Weisungen und Parolen von Moskau, da sie sich nicht trauen, selbständig zu handeln. Es ist bestimmt kein Zufall, daß ihr Führer Togliatti im ersten Monat des Kampfes bisher noch in keiner Versammlung aufgetreten ist.

Das wichtigste Merkmal dieses Kampfes auf der äußersten Linken ist, daß zum ersten Male nach sieben Jahren die Linksozialisten mit selbständigen Kandidatenlisten für die Deputiertenkammer und mit eigenen Kandidaten für den Senat aufmarschieren. Nur in verhältnismäßig wenigen Fällen haben sich Nennisten und Kommunisten auf gemeinsame Kandidaturen für den Senat geeinigt. Nun ist das alles in der Hauptsache Wählerfang, der zwischen den Spitzen beider Parteien vereinbart worden ist, denn das Weiterbestehen der "proletarischen Einheitsaktion" ist beiderseits feierlich verkündet worden. Die Linksozialisten können somit zum ersten Male in ihrer Propaganda von einer "sozialistischen Alternative" sprechen, was ihnen bisher beim System der

Mischmasch-Listen nicht möglich war. Es scheint indessen, daß an vielen Orten die übrigens sehr kärgliche Organisation der P.S.I. diese neue Situation mit einem wahren Aufatmen begrüßt hat und es mit der "Autonomie" der Partei durchaus ernst nimmt, indem sie sich von den Kommunisten sehr eifrig distanziert. Darüber ist aber das Politbüro der P.S.I., vor allem der eigentliche Parteiführer Morandi, der heutzutage viel mehr zu sagen hat als Morandi, nicht wenig entsetzt, und ein Zirkular ist von der Zentrale an die Provinzverbände in aller Eile abgegangen, um die Mitglieder daran zu erinnern, daß die getrennten Listen ein rein taktischer Schachzug seien, der nur für die Wahlen gelte ...

Ebenso wichtig ist, was sich am anderen Ende des politischen Regenbogens abspielt. Diesmal wird es keine Allianz zwischen Monarchisten und faschistischen Missis geben. Gleich nach den Gemeindevahlen in Süditalien vor einem Jahre fing der Zank zwischen den beiden Partnern an. Beide Teile fühlten sich nachträglich übers Ohr gehauen, wer mit größerem Recht, ist schwer zu sagen. Die Spitzen beider Parteien hätten dennoch ein Zusammengehen bei den jetzigen politischen Wahlen vorgezogen, aber darüber gab es auf beiden Seiten solche Proteststürme mit Spaltungsdrohungen - und in manchen Provinzen sogar mit wirklichen Spaltungen - daß sie diesmal nicht nur getrennt vorgehen, sondern sich sogar vielfach gegenseitig erbittert bekämpfen.

Im Lager der Sozialdemokraten herrscht berechtigter Optimismus. Kurz vor dem Ablauf der Frist für die Aufstellung der Kandidaten hatte der Parteivorstand einen Aufruf zur Sammlung erlassen und den Rebellen vom vergangenen Winter Amnestie für ihre Disziplinbrüche bei der Verabschiedung des Wahlgesetzes angeboten. Das Ergebnis war durchschlagend: Fast alle Rebellen sind dem Rufe gefolgt (zumal sie inzwischen erkannt hatten, daß die ins Leben gerufene Splitterbewegung aussichtslos ist) und treten als Kandidaten der Partei für das eine oder das andere Haus auf. Interessant ist insbesondere, daß der Schriftsteller Ignazio Silone, der früher jede Oppositionsströmung innerhalb der Partei mitmachte oder gar inspirierte, sich aber enttäuscht vor zwei Jahren aus dem politischen Leben zurückgezogen hatte, spontan zur Partei zurückgekehrt ist und sich in seinen heimatlichen Abbruzzen als Kandidat für den Senat hat aufstellen lassen.

Neue Ehren zu vergeben

rw - Düsseldorf

Wenn nichts Unvorhergesehenes mehr eintritt, wird der nordrhein-westfälische Landtag voraussichtlich im Mai die bereits seit Jahren diskutierte Landschafts-Verbandsordnung verabschieden. Es wird dann einen Landschaftsverband Rheinland und einen Westfalen-Lippe geben. Vergleichbar werden die neuen Verbände in Umfang und Aufgaben in etwa den früheren Provinzialregierungen sein. Im einzelnen bestehen jedoch recht beträchtliche Unterschiede im Aufbau, in der Selbstverwaltung und nicht zuletzt in der Benennung der neuen repräsentativen Stellen.

Der Aufgabenkatalog der neuen Verbände ist sehr beträchtlich. Er wird die Düsseldorfer Ministerien zum Teil so stark entlasten, daß eine Zusammenschließung einiger Ministerien aktuell werden kann. Die Landschaftsverbände fungieren als Landesfürsorgeverbände, unterhalten eine Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, nehmen sich der Jugendwohlfahrt an, können die Trägerschaft von Spezialkrankenhäusern und Heilstätten übernehmen, sind für die Verwaltung der Landstraßen und der Autobahnen verantwortlich, pflegen die Bau-, Kunst- und Naturdenkmäler, sowie die Bodenaltertümer, unterhalten die Landesmuseen, haben Naturschutz- und Landschaftspflege, Heimatpflege, Erwachsenenbildung, Volksbüchereien, Archivwesen, Orchester und Bühnen unter sich, sind bei Kreditinstituten und bei der Landesbank beteiligt, sind zuständig für die Viehseuchenentschädigung und zahlreiche andere Aufgaben mehr.

Die zuständige Selbstverwaltungskörperschaft ist die jeweilige Landschaftsversammlung, die zunächst einmal nach den Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen in Rheinland und Westfalen zusammengestellt werden wird. Der prozentuale Anteil der verschiedenen Parteien bei den Kommunalwahlen wird für die erste Landschaftsversammlung entscheidend für den Anteil sein, den die Parteien an den jeweils etwa 100 Abgeordneten der Landschaftsversammlung erhalten. Die späteren Wahlen werden noch durch ein besonderes, für alle Kommunalwahlen gemeinsames Wahlgesetz geregelt werden. Der Landschaftsverband ist nämlich als kommunaler Zweckverband gedacht und nicht als ein Gebilde eigener staatspolitischer Souveränität. Die Landschaftsversammlung tritt im Normal-

fall nur einmal im Jahr zusammen und überläßt im wesentlichen die Hauptaufgaben der Selbstverwaltung einem von ihr zu wählenden Landschaftsausschuß.

Wichtigste Stelle bei den neuen Landschaftsverbänden wird der Landschaftsdirektor als Spitze der Verwaltung sein. Der bisher für diese Stelle festgelegte Name "Landeshauptmann" ist zwischen der zweiten und dritten Lesung fallengelassen und dafür der zivilere Ausdruck "Direktor" gewählt worden. Der Landschaftsdirektor sowie die unter ihm stehenden Landesräte werden von der Landschaftsversammlung auf zwölf Jahre gewählt. Bei der Fülle der Aufgaben und ihrem sehr volksnahen Charakter werden vor allem die beiden Landschaftsdirektoren im Bewußtsein der Allgemeinheit eine außerordentlich repräsentative Stellung erhalten. Wie weit sie diese noch stärker ausbauen können, hängt zweifellos weitgehend von den Persönlichkeiten ab, die für die hohen Funktionen von den Landschaftsversammlungen gewählt werden. Es wird demnach in den nächsten Monaten sehr viel Spannung in Nordrhein-Westfalen geben, welche beiden Persönlichkeiten sich jeweils an die Spitze der beiden Landschaftsverbände setzen können. Bereits die ersten Informationen, die über die Bewerber durchsickern, zeigen, wie sehr bereits bekannte politische Persönlichkeiten in die Reihe der Bewerber zu treten scheinen.

Die Abstimmung im Landtag über die Landschaftsverbände wird voraussichtlich nur in geringem Maße nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgen. Es gibt Befürworter der neuen Landschaftsverbände in allen Parteien, aber auch in allen Parteien Gegner. Nach Lage der Dinge ist aber anzunehmen, daß bei freigegebener Abstimmung durch die einzelnen Fraktionen eine durchaus genügende Zahl von Abgeordneten sich für die neue Ordnung entscheiden wird.

+ + +

Das Jugendprogramm der SPD

Am 2. und 3. Mai verkündet die SPD in München ihr Jugendpolitisches Programm

K.G. Vier Jahre hatte die Adenauer-Regierung Zeit, durch konstruktive Maßnahmen den Notstand der deutschen Jugend zu beheben. Vier Jahre hatte die Regierung Zeit, durch eine verständnisvolle und verantwortungsbewusste Jugendpolitik das Vertrauen der deutschen Jugend zum demokratischen Staat zu gewinnen. Diese vier Jahre sind nicht genutzt worden. Das ist nicht nur verhängnisvoll für die deutsche Jugend, das ist ebenso verhängnisvoll für die Stabilität der jungen deutschen Demokratie.

Wenn schon die demokratische Staatsform im politischen und parteipolitischen Bereich den oft romantischen und überschwenglichen politischen Vorstellungen der Jugend wenig Raum läßt; wenn verantwortungsvolle Funktionen im demokratischen Staat vorwiegend menschlich und berufsfachlich ausgereifte Persönlichkeiten erfordern, Eigenschaften also, denen der Großteil der Jugend erst entgegenwächst, so hat gerade der demokratische Staat hier eine schwierige aber sehr notwendige Aufgabe zu meistern. Schon an der selbstverständlichsten Forderung der Jugend, dem Recht auf Arbeit und berufliches Fortkommen, ist diese Regierung gescheitert. Erst recht scheiterte sie an dem staatsbürgerlichen Problem der Erweckung eines gesunden demokratischen Bewußtseins. Denn das eine ist unlösbar mit dem anderen verbunden. Das wesentliche dabei ist - diese Regierung mußte in ihrer "Jugendpolitik" scheitern, denn sie verfolgte eine dem Gesamtinteresse und der Vorstellungswelt der deutschen Jugend entgegengesetzte Politik: Die besitzegoistische, einseitig orientierte Klassenpolitik.

Der Bundesjugendplan war eine der zusammenhanglos verstreuten und phantasiearmen Maßnahmen der Regierung zur "Linderung" der Jugendnot, die sich in der rauhen Wirklichkeit als völlig unzureichend erwiesen.

Nach der Sozialpolitischen Konferenz in Hannover, der Wirtschaftspolitischen Konferenz in Bochum, der Kulturpolitischen Konferenz in Göttingen legt jetzt in München die Sozialdemokratie ihr Jugendprogramm vor, in dem eine in sich geschlossene, umfassende, jugendpolitische Konzeption entwickelt wird. Dieser Plan zeigt zum ersten Mal dem deutschen demokratischen Staat den erfolgversprechenden Weg, ein Staat der Jugend zu werden. Der mit Recht skeptischen Jugend wird eine faire und einleuchtende Chance gegeben, die nicht gerade originale Regierungsalternative, Jugendarbeitslosigkeit oder Arbeitsdienst, zu überwinden. Daß die Opposition wieder einmal in dieser Frage die Initiative ergreifen mußte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die militärsehnüchtige Regierung und die sie tragende Koalition. Der in langwieriger und gewissenhafter Arbeit aufgestellte Jugendplan der SPD soll mithelfen, der deutschen Jugend eine bessere Lebensmöglichkeit zu schaffen und damit ihr Vertrauen zur Demokratie zu wecken. Es gibt kaum eine politische Frage in Deutschland, die aktueller und deren Lösung notwendiger ist.

Verantwortlich: Peter Raunau